

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprachstunde des Redaktions mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4-8 Uhr. — Telegramm-Adresse: Expedition Erzgebirge, Postfach 33. Für unvollständig eingelangte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Nr. 43

Mittwoch, den 20. Februar 1918

13. Jahrgang

Rußland zum Frieden bereit!

Annahme der deutschen Friedensbedingungen.

Rußland zum Frieden bereit!

Berlin, 20. Februar. Staatssekretär von Kühlmann verlas im Verlaufe seiner heutigen Rede im Reichstage nachstehenden Funkpruch: Die bolschewistische Regierung in Petersburg an die deutsche Regierung: Der Rat der Volkskommissare sieht sich veranlaßt, in Anbetracht der geschaffenen Lage sein Einverständnis zu erklären, den Frieden unter den Bedingungen zu unterzeichnen, welche von den Delegierten des Verbundes in Brast-Litowol gestellt wurden. (Hört, hört) auf allen Seiten des Hauses.) Der Rat der Volkskommissare erklärt, daß die Antwort auf diese, der deutschen Regierung gestellten näheren Bedingungen unverzüglich gegeben werde. (Hört, hört) Lebhaftige Bewegung im ganzen Hause.)

Unser Vormarsch im Osten.

Der gestrige amtliche Abendbericht der deutschen Obersten Heeresleitung meldet: Von Riya bis südlich von Luzk sind die deutschen Armeen im Vormarsch nach Osten.

Der heutige amtliche Kriegsbericht

melde:

Großes Hauptquartier, 20. Februar.

Westlicher Kriegsschauplatz.

An verschiedenen Stellen der Front Artillerie- und Minenwerferkämpfe. Größere Erkundungsversuche der Engländer westlich von Doullens, der Franzosen bei Vincourt und nördlich von Reims wurden abgewiesen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Weiterseits der Bahn Riga-Petersburg wurden die 20 Kilometer vor unserer bisherigen Front liegenden russischen Stellungen überschritten. Waffenüberhand des Feindes bei Ingom nördlich der Bahn wurde schnell gebrochen.

Ueber Pünaburg hinaus stehen unsere Kolonnen in nordöstlicher und östlicher Richtung vor. Zwischen Pünaburg und Ruz treten sie in westen Abzweigen den Vormarsch an.

Die über Ruz hinausgehenden Kolonnen marschieren auf Wlons.

2500 Gefangene, mehr als 100 Geschütze und größere Mengen von rollendem Material ist in unsere Hand.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues. Der Oberste Generalquartiermeister Ludendorff.

Ein Brief des Osten.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht folgenden Aufruf Estlands:

„Von dem durch die russische Regierung proklamierten Recht der Völker auf Selbstbestimmung Gebrauch zu machen, haben die Vertreter Estlands im Namen des gesamten Landes der russischen Regierung am 28. Januar 1918 die feierliche Erklärung abgegeben, daß Estland für alle Zeiten sich von Rußland losrennen und daß es zur Zeit außerstande ist, ohne deutsche Hilfe der herrschenden Anarchie zu weichen, das Deutsche Reich um Hilfe bittet. Als Antwort auf diese Erklärung haben die jetzigen Machthaber in Groß-Rußland den an der Spitze der Ritter- und Landchaft stehenden Ritterschafthauptmann, den Kells, Generalinspektoren Estlands, den Präses des Revaler Provinzialkomitees, mehrere estländische Beamte und eine ganze Reihe führender Persönlichkeiten deutscher und estländischer Nationalität ihrer Freiheit beraubt und in die Kasernaten nach Kronstadt verschleppt. In Reval und in den übrigen Städten Estlands sind mehr als tausend Männer und Frauen verhaftet worden und werden wie Verbrecher im Gefängnis gehalten. Die in Freiheit gelassenen Kinder und

Jugendglieder sind ihrer Nahrung beraubt und dem Hungertode preisgegeben. Namens des schwergeprüften Landes protestieren wir vor der ganzen Kulturwelt gegen die gewalttätige Unterdrückung unserer Freiheit. Wir protestieren gegen die rohe Willkür, gegen niederträchtige Verfolgung unserer unschuldigen Frauen und Kinder. Wir erklären feierlich: Es gibt keine Macht auf Erden, die uns unter das russische Joch zerknechten kann. Tausendmal lieber gehen wir elend zugrunde mit unseren Frauen und Kindern, mit allem, was uns teuer und lieb ist, als wir uns zwingen lassen, auch nur ein Wort von unserer Erklärung zurückzunehmen. Wir vertrauen fest auf die Macht und die Hilfsbereitschaft Deutschlands und wenden uns in letzter Stunde an das deutsche Volk aller Parteien mit unserer Bitte um Rettung aus schwerster Not. Im Namen Estlands: Die Bevollmächtigten: Baron Alfred Schilling, Freiherr von Stadenberg.“

Das Wüten der Russen in Estland.

Ein loedens aus Reval zurückgekommener Offizier gibt folgende Schilderung der Lage in Estland: In der Nacht vom 9. zum 10. Februar unternahm die Rote Garde in Reval einen Schlag gegen den estländischen Adel. Es wurden etwa 800 Verhaftungen von Männern und Frauen vorgenommen. Die Zahl der Gefangenen war am Dienstag schon auf über Tausend gestiegen und die Verhaftungen werden fortgesetzt. In Aland geht dasselbe vor sich, nur daß die Frauen dort verschont sein sollen. In einem Aufruf an alle Arbeiter erklärt das Exekutivkomitee der Arbeiter- und Soldatenrates den früheren Adel als außerhalb des Gesetzes stehend. Einzelne deutsche Pastoren und Bürger sind gleichfalls verhaftet worden. Die Schulen wurden geschlossen. Wie es möglich sein wird, die zahlreichen verwaisten Kinder zu versorgen, bleibt dahingestellt. Ueber alle estnischen Städte wird der Belagerungszustand verhängt und die Wahlen für die bevorstehende konstituierende Versammlung Estlands werden für ungültig erklärt. Die Bolschewiki waren nämlich bei diesen Wahlen unterlegen. Die Spitzen der estnischen Gesellschaft sind verhaftet.

Die Wiedereröffnung des Reichstags.

Die Entlassung aller Mannschaften vom Frontdienst.

Der Reichstag nahm gestern seine Sitzungen wieder auf. Aus der Plenarsitzung ist nur erwahrentwert, daß beim Bericht über den Reichshaushalt W. A. Rogmann (Centr.) erklärte, daß die Entlassung der alten Mannschaften vom Frontdienst baldmöglichst erfolgen sollte. An ihre Stelle sollten junge, unbeschädigte Personen eingesetzt werden. In den Fällen, in denen Vater und Sohn gleichzeitig an der Front stehen, sollte auf Antrag der Vater aus der Generalliste zurückgezogen werden. Bei den Reklamationen in der Kriegsindustrie sollte den Familienältesten ein Vorrang vor den übrigen eingeräumt werden. Generalmajor von Wrisberg erwiderte: Dem Gedanken auf Entlassung aller Mannschaften stehen wir, soweit es die militärischen Verhältnisse gestatten, sympathisch gegenüber. Ein Austausch alter Mannschaften mit jüngeren findet schon jetzt regelmäßig statt. Darum trat Vertagung ein. Nächste Sitzung Mittwoch.

Schlüssen über den Frieden mit der Ukraine.

Im Hauptauschuß des Reichstages führte gestern Staatssekretär von Kühlmann etwa folgendes aus:

Das Verhalten der russischen Delegation, besonders das Trojki, in Brast-Litowol ist ohne Vergangnis der Besichtigung. Mit seiner letzten Erklärung wollte er sich aus seiner unehelichen gewordenen Lage befreien. Es kam ihm im Ernst an den Frieden nicht an. Wir können an die friedlichen Gesinnungen Rußlands nicht mehr glauben und müssen für Ruhe und Ordnung in den an die besetzten Gebiete angrenzenden Ländern sorgen. Unser erneuter Eintritt in den Krieg wird hoffentlich in

Petersburg die Bereitschaft zum Frieden zeigen. Das heute noch sind wir bereit, einen Frieden zu schließen, der unseren Interessen entspricht. Aus unserer Friedensbereitschaft ist der Friede mit der Ukraine entstanden. Die Ukraine ist ein reiches Land, und die wirtschaftlichen Beziehungen waren für den Friedensschluß von ausschlaggebender Bedeutung. Bei der Festsetzung der Grenzen machte die Ukraine Ansprüche auf das Gebiet des Gouvernements Wolyn. Es entstand die Gefahr, daß die Verhandlungen scheitern würden, wenn diesem Verlangen nicht nachgegeben werden würde. Zwischen den Räten und den Bolschewiki durch diese Verhandlungen nicht erreicht werden, wohl aber haben sich die Polen verlegt. Auch der österreichische Wirtschaftspräsident wird sich heute eingehend über diese Frage äußern, auch nach der wirtschaftlichen Seite hin. Es sind hinsichtlich der Transkriptes der gewaltigen Korrekturen Bestrebungen getroffen worden, so daß wir noch im Laufe des Jahres Bericht davon haben werden. Die Grenzen des Gouvernements Wolyn sind noch nicht fest bestimmt, sondern werden durch eine gemischte Kommission festgelegt werden, die sich aus Vertretern der Mittelmächte, der Ukraine und Polen zusammensetzen wird.

Nach der Rede Kühlmann erklärte Erster (Dt.) bei den Verhandlungen mit der Ukraine sollten Vertreter Polens als beteiligte Faktoren zugelassen werden sollen, dann wäre wohl die Bestimmung des Cholmer Bezirkes zur Ukraine unterblieben. Bis auf diesen Punkt kann dem Friedensvertrag im ganzen zugestimmt werden.

Wohla (Polen) legte entschieden Verwahrung entgegen ein, daß das Selbstbestimmungsrecht der Polen bei den Friedensverhandlungen mit der Ukraine so wenig beachtet worden sei. Ganz unverständlich sei die Abrennung des Cholmer Bezirkes, der schon vom Wiener Kongreß als zu Polen gehörend angesehen wurde. Davor sei eine Korrektur des Vertrages unter Berücksichtigung der berechtigten Wünsche der polnischen Bevölkerung des Cholmer Bezirkes notwendig. Unabwägbar wären die Folgen und die Folgen, unpolnische Gebiete, zu bitten gezogen werden.

Sebeour (unabh. Soc.) forderte die Vorlegung des staatlichen Entwurfs, aus dem die Selbstbestimmung des Rechtes ableitbar, mit der Ukraine, einem Bestandteile des russischen Reiches, einen Friedensvertrag abzuschließen.

Roumann (fortf. Sp.) fragte die Frage der staatsrechtlichen Verhältnisse der Ukraine? Wasnes Wilsens legt nur ein Entwurf dazu vor. Ob mit einer Personengruppe ein positiver Vertrag abgeschlossen werden kann, ist fraglich. Sollte durch die zwei russischen Proklamationen vom November 1918 die Bestimmung Polens von dem Verhalten der Polen abhängig gemacht werden, so würde das einen schlechten Eindruck machen.

Der Friedensvertrag mit der Ukraine.

Land gestern die Zustimmung des Bundesrates.

Der Reichstag hat beschlossen.

Kaiser dem Glat und dem Friedensvertrag mit der Ukraine hat sich der Reichstag in der heute begonnenen Tagung, die mit kurzen Unterbrechungen bis zum Sommer währen dürfte, mit den Gesandtschaften sozialer Natur, dem Arbeitersinnern, Glat, dem Paragraph 158 der Gewerbeordnung, der neuen Wahlrechtseinstellung und dem Gesandtschaften zur Verwirklichung der Geschichtsfragstellungen zu beschäftigen. Wie bekannt, wird Staatssekretär Walsch in Reichstag einen Gesandtschaften zur Überlegung der inneren Kolonisation anstellen. Der Entwurf eines Gesetzes betreffend Änderung des Kriegsneuergesetzes, der dem Reichstage zugegangen ist, bestimmt, die Übernahme aus der Kriegsabgabe ist zur Umänderung der Reichsgeld zu verwenden, soweit sie nicht zur Bedienung von Schulden des Rechnungsjahres 1916/17 erforderlich ist.